

18-19
1973

Union in Deutschland

Bonn, 9. Mai 1973

Kraske: Zum Rücktritt Rainer Barzels als Fraktionsvorsitzender

Dr. Rainer Barzel ist heute von seinem Amt als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zurückgetreten. Was unseren Parteivorsitzenden zu seinem Rücktritt als Fraktionsvorsitzender veranlaßt hat, ist deutlich, überzeugend und würdig in seiner eigenen Erklärung vor der Fraktion formuliert:

„Die Fraktion hat gestern in einer wichtigen und grundsätzlichen Frage, die ich als fundamental für die Richtung unserer künftigen Politik bezeichnet habe, mit knapper Mehrheit gegen meinen Rat entschieden. Seit langem und mit Nachdruck hatte ich meine Meinung hierzu in vollkommener Übereinstimmung mit dem Präsidium der CDU und den Ministerpräsidenten der Union vertreten.

Nachdem die Bedingungen erfüllt sind, die unser Sprecher in der ersten Lesung des Gesetzes über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinten Nationen im Auftrag der Fraktion verbindlich im Deutschen Bundestag genannt hatte, hielt ich es für ein Gebot der Redlichkeit, nun mit Ja zu stimmen, zumal ein Nein niemand in der Welt – und schon gar nicht unsere Freunde – verstehen würde. Immerhin stand am Beginn der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland Konrad Adenauers feste Zusage, Inhalt und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen zu achten und zu befolgen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

PRÄSIDIUM

Die Bundesrepublik erlebt nach Auffassung des CDU-Präsidiums eine dramatische Zuspitzung der inflatorischen Entwicklung, vor der die Union frühzeitig und eindringlich gewarnt hat. In aller Dringlichkeit wird eine Alternative der Bundesregierung zu ihrer bisherigen Politik der polemischen Ablenkungen, der Beschönigungen und der Verharmlosungen gefordert. Die Union ist im Interesse der Bürger zu einem Gespräch über die Lage und die nötigen Konsequenzen bereit.

Seite 5

OSTPOLITIK

Beträchtliches Aufsehen erregte ein Artikel in der amerikanischen Zeitschrift „ORBIS“ über die Hintergründe der Ostpolitik der Bundesregierung und der Persönlichkeit ihres „Architekten“ Egon Bahr. Der Autor enthüllt, daß Egon Bahr bereits 1969 in einem Gespräch mit ihm die Auflösung der Allianz und die Anerkennung der DDR als Marksteine seiner Ostpolitik genannt hat. Der Autor weist nach, daß die Bonner Ostpolitik nicht eine Folge der angeblichen amerikanisch-russischen Annäherung ist, sondern von Bahr als nationaler Alleingang vorprogrammiert war.

Dokumentation

Seit fast zehn Jahren führe ich unsere Bundestagsfraktion. Ich habe diesen verantwortungsvollen Dienst gerne geleistet und wurde immer wieder in geheimen Wahlen von Ihnen zum Vorsitzenden gewählt. Ich habe nie einen Zweifel an meiner Meinung gelassen, immer von mir aus Vorschläge über den künftigen Weg gemacht, jedem Kollegen Achtung und jeder abweichenden Meinung Respekt gezollt. Demokratie kennt Ämter nur auf Zeit. Ich habe dieses Amt nach besten Kräften geführt. Ich bin nicht bereit, eine Mehrheitsentscheidung, die in einer wichtigen Sache gegen meine engagierte Überzeugung erfolgt, nun als Vorsitzender zu vertreten. Ich habe, wie ich Ihnen gestern sagte, die Konsequenzen überdacht. Hiermit trete ich vom Amt des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach gewissenhafter Prüfung des Für und Wider zurück.

Meinen Mitarbeitern, von denen ich viel, oft zu viel, verlangt habe, danke ich herzlich. Im Kreis der Kolleginnen und Kollegen, in den ich nun aus eigenem Entschluß zurückkehre, werde ich weiter für unsere Sache aktiv eintreten und weder meine Freunde noch die Wähler noch die Ideale, für die ich kämpfe, im Stich lassen.“

Die Entscheidung, die die Bundestagsfraktion gestern abend mit knapper Mehrheit getroffen hat, widerspricht in der Tat der im Präsidium unserer Partei vereinbarten Politik der Union, wie sie von unseren Ministerpräsidenten im Bundesrat, von unserem Sprecher bei der Ersten Lesung im Bundestag und von unserem Vorsitzenden bei vielen Gelegenheiten im Inland wie vor allem auch im Ausland vertreten worden ist. Die Entscheidung Rainer Barzels war daher klar und folgerichtig. Er hat in beispielhafter Weise die Person hinter die Sache zurückgestellt. Ihm gehört, wie ich sicher bin, unser aller uneingeschränkter Respekt.

Der Entscheidung, die gestern in der Bundestagsfraktion zu treffen war, kam und kommt um so größere Bedeutung zu, als es hier nach den Erklärungen führender Repräsentanten unserer Partei zum ersten Mal um die Frage ging, ob die Union nach ihrem Nein zum Grundvertrag bereit ist, die gegen ihren Willen geschaffenen Realitäten anzuerkennen und ihre künftige Politik daran zu orientieren. Deswegen wirft der Rücktritt Rainer Barzels von seinem Amt als Fraktionsvorsitzender nicht nur personelle Probleme für die Fraktion, sondern zugleich wichtige Sachfragen für die künftige Politik der Union auf.

Ich habe deshalb in der ersten Sitzung des Fraktionsvorstandes nach dem Rücktritt Rainer Barzels ausdrücklich darauf hingewiesen, daß nicht irgendjemand, sondern der Vorsitzende der Christlich Demokratischen Union Deutschlands von seinem Amt zurückgetreten ist, daß deshalb auch die CDU als Partei in dieser Frage angesprochen ist und daß die Neuwahl eines Fraktionsvorsitzenden erst nach gründlicher Beratung in den gewählten Gremien der CDU stattfinden kann. Aus diesem Grunde wird heute nachmittag das Parteipräsidium und nach den Plenarsitzungen dieser Woche der Bundesvorstand zu einer Sondersitzung zusammentreten.

Dr. Konrad Kraske,
Generalsekretär der CDU

■ Informationen

Union der Vertriebenen zur Ostpolitik

Der Vorstand der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU/CSU- Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung – hat sich unter Leitung seines Vorsitzenden Dr. Hermann Götz, MdB,

auf seiner Sitzung am 7. Mai 1973 eingehend mit der aktuellen politischen Situation befaßt. Dabei standen die Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik im Vordergrund.

Der Vorstand appellierte an die Bundestagsfraktion der CDU/CSU, durch eine geschlossene Ablehnung des Grundvertrages im Parlament überzeugend ihre

politischen Grundsätze zu vertreten.

Die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge begrüßte grundsätzlich den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO. Sie hat allerdings kein Verständnis dafür, daß dadurch zugleich auch ein System die Mitgliedschaft erhält, das täglich gegen die Menschenrechte verstößt.

Die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge forderte die Bundesregierung auf, in den bevorstehenden Gesprächen mit Breschnew die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1972 und die Verpflichtung der Sowjet-Union aus dem Berlin-Abkommen zum Gegenstand der Unterredung zu machen. Ein weiteres Thema sollte die Aussiedlung von nahezu 40 000 registrierten ausreisewilligen Rußlanddeutschen sein; bisher sind erst 8500 Rußlanddeutsche in die Bundesrepublik Deutschland gekommen. Es ist ein dringendes Gebot der Menschlichkeit, die Erlaubnis zur Ausreise endlich zu erteilen.

Der Vorstand der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge forderte alle Kreisverbände der Unionsparteien auf, den 20. Jahrestag des 17. Juni als nationalen Gedenktag in Verantwortung für die Freiheit und Einheit ganz Deutschlands zu begehen.

ARD-Film stört Arbeitsfrieden

Der CSU-Bundestagsabgeordnete Friedrich Zimmermann hat gegen den vom Ersten Deutschen Fernsehen zum 1. Mai ausgestrahlten Film „Liebe Mutter, mir geht es gut“ protestiert.

Sozialisten und Kommunisten könnten mit der „Diffamierung der sozialen Marktwirtschaft“ zufrieden sein. Der Film, der über die Erfahrungen eines während der Rezession nach West-Berlin übergesiedelten Arbeiters aus der Bundesrepublik und in seinem Hauptteil über einen wilden Streik in einem Berliner Großbetrieb berichtet, habe die Gewerkschaft als machtlos und die Unternehmer als Drahtzieher dargestellt.

Zimmermann bezeichnete es als eine Mißachtung der Aufgaben der öffentlich-rechtlichen

Haus auf Bezugsschein?

Daß der Beschluß des SPD-Parteitag, den Beruf des Haus- und Grundstückmaklers abzuschaffen, keineswegs ein „progressiver“ Beschluß ist, sondern vielmehr die Gefahr besteht, daß Institutionen unseligen Angedenkens wieder fröhliche Urständ feiern, darauf verweist die „Kölnische Rundschau“, der wir den folgenden Kommentar übernehmen:

Der Beschluß ist folgerichtig, und er ist ein Signal.

Folgerichtig ist er im Sinne jener SPD-Kreise, die von Marktwirtschaft nicht viel oder gar nichts halten. Ein Signal ist er für den Weg, auf den unsere Wirtschaftsverfassung bei einer so folgerichtigen Politik geführt werden könnte: Fort mit der Marktwirtschaft.

Es fängt mit der Abschaffung der freien Immobilienmakler an – und wann hört es auf?

Ob es angebracht ist, den SPD-Beschluß so anzusprechen, darüber brauchte es eigentlich keinen Streit zu geben. Die Folgerichtigkeit des Beschlusses hebt den Anspruch nicht auf, von seiner Folgeschwere zu sprechen.

Die Beantrager des Beschlusses haben sich einen Beruf ausgesucht, der in den letzten Jahren sehr in das Kreuzfeuer der Kritik geraten ist. Freilich sollte man da unterscheiden.

Daß es unter denen, die Immobilien makeln, schwarze Schafe gibt, ist ebenso unbestritten wie die schwarzen Schafe, die es in anderen Berufen und Branchen gibt. Aber den Maklern eine gehörige Portion des rasenden Anstiegs der Häuser- und Grundstückspreise anzulasten, solche Kritik geht daneben.

Das Wort Inflation besagt da wohl genug – die Inflation, die das Geld in die Sachwerte treibt. Wenn Makler heute mehr Geschäfte machen, dann liegt da die Hauptursache – und deren Vorbedingungen zu beseitigen, dazu hat es bei der SPD-geführten Koalition noch nicht gereicht.

Wenn der SPD-Beschluß folgerichtig ist, so besagt das allerdings nicht, daß Beantrager und Zustimmung auch folgerichtig gedacht haben.

Ob die Immobilienämter das Grundstücksgeschäft wirklich besser schafften als Makler, steht ja dahin. Und ob die Vermittlung durch solche Ämter im Endeffekt weniger kostete, ebenfalls.

Es geht ja nicht darum, daß der Kauf- oder Verkaufswillige dem Amt unter Umständen nichts zu zahlen hat, sondern um die Kosten der Bürokratie. Die muß ja irgendwer tragen, also dann wohl der Steuerzahler.

Und an die Stelle der Maklerprovision können dann auch „Beziehungen“ (Bezugsschein „B“, wie man in der R-Mark-Zeit nach dem Krieg sagte) und „Klüngel“ treten.

In der SPD soll die „Theorie“ jetzt größer geschrieben werden. Den Anstoß dazu gaben wiederum jene, die in der Marktwirtschaft nicht das Heil sehen oder ihr mißtrauen. Gewinnen sie auf die Dauer auch jene in der Bundesrepublik, deren Vertrauen jeden Tag angesichts der Inflation mehr und mehr abnimmt?

Rundfunkanstalten, wenn die ARD „eine Sendung ausstrahlt, die bewußt den Arbeitsfrieden zu stören sucht und einen reaktionären Klassenkampf propagiert“.

Dr. Barzel spricht vor der Europa-Union

Beim XX. Ordentlichen Kongreß der Europa-Union Deutschland, der vom 18.–20. Mai in Berlin stattfindet und der unter dem Leitthema steht „Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, wird der Vorsitzende der CDU Dr. Rainer Barzel eine Ansprache halten.

Dr. Kohl zur Rolle des Bundesrates

Entschieden hat sich in Mainz der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Dr. Helmut Kohl gegen die Unterstellung von Bundeskanzler Brandt verwarft, die Unionsparteien seien im Bundesrat „auf dem Weg der Obstruktion“. In einer Kabinettsitzung erklärte Kohl, die SPD verfolge mit Unterstellungen und Verdächtigungen dieser Art offenbar das Ziel, die verfassungsmäßige Stellung des Bundesrats politisch auszuhöhlen und den Bundesrat als willensloses Zustimmungsgremium zur Politik der derzeitigen Bundesregierung zu denaturieren. Tatsache sei aber, daß sich an der konstruktiven Mitarbeit des Bundesrats in all jenen Fällen nichts geändert habe, in denen eine Zustimmung aus sachlichen Gründen möglich war. Die Anzahl der Fälle, mit denen sich als Folge eines Einspruchs des Bundesrates der Vermittlungsausschuß beschäftigen müsse, sei im Verhältnis zu den vergangenen Jahren

nicht gestiegen, sondern sogar geringer geworden, betonte Kohl.

Dr. Böx in Paris

Auf Einladung des Präsidenten des französischen Senats, Allain Poher, hielt sich Dr. Heinrich Böx, der Leiter des Büros für auswärtige Beziehungen der CDU, vom 2.–4. Mai in Paris auf, um mit führenden Politikern der Mitte Fragen der bilateralen und internationalen Zusammenarbeit christlich-demokratischer Kräfte zu besprechen. Die französische Seite hob nachdrücklich hervor, daß sie der Europa-Politik erste Priorität zuschreibe und regte an, mit der Union über diese Fragen nicht nur einen Meinungsaustausch durchzuführen, sondern auch den Versuch zu unternehmen, zu gemeinsamen Auffassungen zu gelangen.

Verbraucherpolitik stand zur Diskussion

Vom 30. 4. bis 3. 5. 1973 fand in der Politischen Akademie Eichholz in Zusammenarbeit mit der Frauenvereinigung der CDU ein Seminar über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Verbraucherpolitik statt. Die 30 Teilnehmerinnen hatten sich aus allen Teilen der Bundesrepublik und aus Westberlin zu dieser Tagung in Eichholz eingefunden. Kritisch betrachtet wurde unter Leitung der CSU-Abgeordneten Ursula Schleicher, München, der Bericht zur Verbraucherpolitik der Bundesregierung vom 18. 10. 71.

Frau Schleicher, die Experte für Verbraucherfragen der CDU/CSU-Fraktion ist und dem Verbraucherausschuß beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angehört, stellte in einer aufschlußreichen Studie die einzelnen Zielvorstel-

lungen der Koalition den Ergebnissen der Arbeit in den entsprechenden Ausschüssen des Bundestages gegenüber.

Von dem Leiter der Stiftung Warentest, Herrn Dr.-Ing. Roland Hüttenrauch, Berlin, erfuhren die Teilnehmerinnen des Seminars Ausführliches über die Arbeit der Stiftung, die zur Aufklärung des Verbrauchers heute einen wesentlichen Beitrag leistet.

Wie es um die bevorstehende Lebensmittelrechtsreform und – im Zusammenhang damit – um die Tierarzneimittelrechtsreform bestellt ist, zeigte Dr. Hugo Hamman, MdB, in seinem Referat auf. Die von CDU-Regierungen eingebrachten strengen Gesetze sind teilweise aufgelockert bzw. werden oft nicht eingehalten. Die erforderliche Kontrolle läßt zu wünschen übrig.

In einem breit angelegten Vortrag über „Verbraucher und Konjunktur – Beitrag des Verbrauchers zur Marktwirtschaft“ und über „Ziele und Aufgaben der Verbraucherverbände in der Bundesrepublik“ sprach der Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher Johannes M. Jaschik, Bonn. Den Besuchern des Seminars wurden Entwicklung, Wesen und Programm der Verbraucherverbände in der Bundesrepublik und der Verbrauchervereinigungen im europäischen und internationalen Bereich erläutert.

Ehrung Ernst Lemmers

Am Samstag, dem 28. April, wäre der verstorbene Bundesminister a. D. Ernst Lemmer 75 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß hat die Union seiner durch Kranzniederlegung am Grabe und durch die Enthüllung einer Gedenktafel am früheren Wohnhaus des CDU-Mitgründers in Berlin gedacht.

Präsidium: Inflatorische Entwicklung spitzt sich dramatisch zu

Das Präsidium der CDU hat auf seiner ersten Sitzung nach der Osterpause am 7. Mai 1973 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn die aktuelle politische Lage beraten. Der Parteivorsitzende, Dr. Rainer Barzel, gab einen ausführlichen Situationsbericht, in dem die Probleme der Stabilitätspolitik einen besonders gewichtigen Platz einnahmen.

Barzel erinnerte an eine Äußerung des damaligen Bundeswirtschafts- und Finanzministers Karl Schiller in einer Kabinettsvorlage vom Mai 1972, in der die Bundesregierung vor einer stabilitätspolitisch nicht vertretbaren Ausgabenexpansion im öffentlichen Bereich gewarnt worden war. Damals habe Schiller erklärt: „eine frühzeitige Beendigung der Preisberuhigung wäre für einen neuen Aufschwung eine schwerwiegende stabilitätspolitische Hypothek.“ Inzwischen münde der Aufschwung in einen neuen Boom ein. Knapp ein Jahr nach Schillers Appell habe wiederum der **Bundeswirtschaftsminister die Verharmloser und Beschöniger in der Bundesregierung bloßgestellt** und bei der Eröffnung der Hannover Messe „die Lage an der Preisfront überaus ernst“ und eine Tendenzwende „mehr als fraglich“ genannt.

Spannungen in der Koalition

Die Bundesrepublik erlebe in der Tat eine **dramatische Zuspitzung der inflatorischen Entwicklung**, vor der die Union, wie jedermann wisse, frühzeitig und eindringlich gewarnt habe. Nach Ansicht des CDU-Vorsitzenden steht die Bundesregierung in der Stabilitätspolitik „mit dem Rücken zur Wand“.

Barzel wörtlich: „Die Spannungen innerhalb der Koalition nehmen zu. Der Einheitsblock mit den Gewerkschaften lockert sich, und die Regierung muß ihre Position in dem Maße als zunehmend prekär empfinden, wie ihr Versagen gegenüber der für jedermann nunmehr spürbar werdenden Inflation nicht länger vertuscht werden kann.“

Der CDU-Vorsitzende setzte sich sodann mit der von Seiten der Regierung erhobenen Forderung nach einer „Alternative der Opposition“ auseinander und erklärte: „In dieser Lage ist nicht zunächst die Alternative der Opposition sondern **in aller Dinglichkeit eine Alternative der Bundesregierung zu ihrer bisherigen Politik der polemischen Ablenkungen, der Beschönigungen und der Verharmlosungen gefragt.**“

Die Verantwortlichkeiten nicht verwischen!

Barzel versicherte, daß es der Union ganz und gar nicht darum gehe, „aus den wachsenden Sorgen der Bürger parteipolitisches Kapital zu schlagen“. Niemand werde ihr aber verübeln, wenn sie – nach den Erklärungen der Bundesbank, der wirtschaftswissenschaftlichen Institute, der Gewerkschaften und des Sachverständigenrates – „nun darauf besteht, daß die Verantwortlichkeiten nicht verwischt werden“. Die CDU sei bereit, die vom Bundeswirtschaftsminister in Aussicht gestellten Maßnahmen nach einem entsprechenden Kabinettsbeschluß zu prüfen und die eigenen finanzwirksamen Anträge im Rahmen eines ausgewoge-

nen und ernstzunehmenden Stabilitätsprogramms – zeitlich befristet – zurückzustellen.“ Wir sind auch zum Gespräch über die Lage und die nötigen Konsequenzen bereit.“

Erkenntnisse aus Dr. Barzels USA-Reise

Dr. Barzel gab vor dem Präsidium seiner Partei sodann einen ausführlichen Bericht über die politischen Gespräche, die er während seiner Reise in die USA vor Ostern geführt hat. Bei diesen Gesprächen hat nach seinen Worten die Lage Berlins eine besondere Rolle gespielt. Barzel erhielt in Washington die Bestätigung, daß im Falle eines UNO-Beitritts der Bundesrepublik und der DDR Westberlin entsprechend dem Viermächte-Abkommen durch die Bundesrepublik Deutschland in der UNO vertreten werde.

In einer ausführlichen Diskussion erörterte das Parteipräsidium den Stand der internen Beratungen zur Reform des § 218 StGB. Zu dieser Frage führt das Präsidium – nach einem Kontaktgespräch des Parteivorsitzenden mit maßgeblichen Vertretern der Evangelischen Kirche – am Abend des 7. Mai ein Gespräch mit dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken.

Auch DKP zur Debatte stellen!

Mit Besorgnis nahmen die Mitglieder des CDU-Präsidiums die eifertigen Bestrebungen zur Kenntnis, ein Verbot der Maoistischen KPD zu erwirken, ohne gleichzeitig auch die DKP „wieder zur Debatte zu stellen“.

Akte der Unmenschlichkeit begleiten Ratifizierungsdebatte

Die jüngsten Übergriffe an der Demarkationslinie zur DDR sind vom Präsidium der CDU scharf verur-

teilt worden. Die Führung der Union hält die neuen Akte der Unmenschlichkeit für „umso verabscheuungswürdiger, als sie den Beginn der Ratifizierungsdebatte um einen Vertrag begleiten, der – zumindest nach allen offiziellen Erklärungen die Grenze zwischen den beiden Teilen Deutschlands durchlässiger und menschlicher machen soll“.

Gespräch mit Betriebsräten

Unter der Leitung des CDU-Vorsitzenden Dr. Rainer Barzel, des CDA-Vorsitzenden und stellvertretenden CDU-Vorsitzenden, Hans Katzer, sowie des Hauptgeschäftsführers der Sozialausschüsse, Dr. Norbert Blüm, diskutieren am gleichen Tage rund 300 Betriebsratsvorsitzende und -mitglieder akute Fragen der Partei- und der Gesellschaftspolitik. In offener vertrauensvoller Atmosphäre bemühten sich beide Seiten, das Verhältnis zwischen Bundespartei und den in den Betrieben Verantwortung tragenden Arbeitnehmervertretern auf eine Basis zu stellen. Die CDA-Betriebsräte gaben ihrer Bereitschaft Ausdruck, solche Gespräche fortzusetzen, sie womöglich zu institutionalisieren und in den Betrieben im Sinne des Programms der CDU zu wirken. Dr. Rainer Barzel appellierte unter großem Beifall der Versammlung an den Bundeskanzler, auch im Interesse vor allem der Arbeitnehmerschaft für die Wiedergewinnung der Stabilität zu sorgen.

Der CDU-Vorsitzende gab der Bereitschaft des Parteipräsidiums Ausdruck, sich in Zukunft verstärkt der betrieblichen und gewerkschaftlichen Arbeit zu widmen.

Zu Beginn des Kontaktgesprächs hatten fünf Betriebsratsvorsitzende aus großen Unternehmen über die Situation in den Betrieben berichtet und wichtige Hinweise auf Ansatzpunkte für eine erfolgversprechende Arbeit der CDU unter der Arbeitnehmerschaft gegeben.

Dr. Barzel fordert überzeugendes Stabilitätsprogramm

Der Bundesregierung und der sie tragenden Koalition ist es bisher nicht gelungen, ein Abbremsen der Inflationsentwicklung zu erreichen, von einer Wandlung zum Besseren ganz zu schweigen. Wenn jetzt der Bundesfinanzminister neue Maßnahmen – die noch niemand genau kennt – in der ihm eigenen Art mit dem Satz ankündigt: „Es wird gewiß einen Schock und vielerlei Geschrei geben“, dann mag das zwar dialektisch geschickt sein, aber es ist noch kein Grund, ernsthaft an eine Wendung der Preisentwicklung zu glauben.

Vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetages hat der CDU-Vorsitzende Dr. Rainer Barzel, vor allem seine Besorgnis darüber ausgedrückt, daß die Länder und Gemeinden zu den Hauptleidtragenden der verheerenden finanzpolitischen Situation gehören. In seiner Rede sagte er u. a.:

Im jüngsten Jahreswirtschaftsbericht hat die Bundesregierung den Versuch unternommen, die Länder und die Gemeinden zu Hauptverantwortlichen des inflationären Prozesses zu stempeln. Wahr ist, daß inzwischen die Gemeinden zu den Hauptleidtragenden einer Entwicklung zählen, welche die Bundesregierung zu verantworten hat, die so tut, als könnten wir mit der Inflation alle Probleme einer freien Gesellschaft am elegantesten lösen. Tatsache ist, daß die Mittel, die den Gemeinden im Rahmen der Finanzreform von 1968 zur Bewältigung ihrer Aufgaben zugeordnet waren, längst nicht einmal dazu ausreichen, um den Mehrbedarf durch Teuerung bei den Personal- und Bauausgaben abzufangen.

Die Bundesregierung stellt in ihrem Finanzbericht 1973 fest, daß die Personalausgaben der Gemeinden 1971 um gut 13 Pro-

zent und 1972 sogar um gut 20 Prozent gestiegen sind.

Die Baukosten an Gebäuden (Hochbau) haben sich in den drei Jahren von 1970 bis 1972 insgesamt um fast 40 Prozent verteuert. Im Straßenbau betrug die Preissteigerung in den drei Jahren einer SPD/FDP-Regierung insgesamt 26 v. H.

Trotz der zum Teil beträchtlichen Ausgabensteigerungen in den Haushalten ist es nicht gelungen, dem Bürger ein Mehr an realer Leistung zu bieten. Darauf hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auch in seinem letzten Jahresgutachten hingewiesen. Er stellte fest: „Der Staat – gemeint sind hier alle seine Ebenen –“ (ist) wegen der hohen Preissteigerungen keinen Schritt auf dem Wege vorangekommen, seine höheren Ansprüche auch tatsächlich durchzusetzen.“

Besonders alarmierend ist aber, daß der zuständige Ressortminister, der noch zu Jahresbeginn eine „Tendenzwende in der Preisentwicklung“ ankündigte, nun vor wenigen Tagen anläßlich der Eröffnung der Hannover-Messe feststellte, „daß die Lage an der Preisfront überaus ernst ist“ und eine Tendenzwende in der Preisentwicklung „mehr als fraglich“ erscheine.

Uns erreichen täglich neue Meldungen, die keinen Zweifel lassen, daß sich die Inflation in unserem Lande beschleunigt fortsetzt. Nach den inzwischen für einige Bundesländer vorliegenden Ergebnissen muß damit gerechnet werden, daß sich die Lebenshaltung für das Bundesgebiet im April um 7 1/2 Prozent nach 6,9 Prozent im März verteuerte. Schon heute läßt sich absehen, daß der Inflationsrekord von 7,8 Prozent aus dem Korea-Krisenjahr 1951 bald gebrochen sein wird. Bei den Großhandelspreisen ist im März gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 8,0 v. H. und gegenüber dem Vormonat um 1,1 v. H. eingetreten.

In dieser Lage bin ich sicher, daß die CDU/CSU das Verständnis einer breiten Öffentlichkeit findet, wenn wir an die Regierung appellieren, nun unverzüglich zu handeln. Aus ernster Sorge appelliere ich insbesondere an den Bundeskanzler, den politischen Auftrag des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ernst zu nehmen und es in einer höchst kritischen Lage endlich anzuwenden. Wir sind davon überzeugt, daß es uns nur dann gelingen kann, die dringend notwendige Wende in der Preisentwicklung herbeizuführen, wenn die Bundesregierung die Kraft und den Mut aufbringt, mit einem überzeugenden Stabilitätsprogramm alle Kräfte unseres Volkes zum Kampf gegen die Inflation zu mobilisieren. Diese Aufgabe kann der Regierung niemand, weder die Bundesbank noch die Opposition, abnehmen. Macht aber die Bundesregierung endlich Ernst, dann sind wir, die CDU/CSU, bereit, unseren Beitrag zu leisten, indem wir unsere finanzwirksamen Anträge zurückstellen und auch einschneidende Stabilitätsmaßnahmen politisch mittragen, wobei die Lasten ausgewogen verteilt werden müssen.

In einem Interview mit einer Wochenendzeitung hat Dr. Barzel

sich ebenfalls zu Fragen der Stabilitätspolitik geäußert und u. a. auf Fragen der Journalisten folgendes geantwortet:

Zu lange hat sich die Bundesregierung in der Diskussion über die Wiederherstellung der Stabilität auf die Strategie der Ablenkung und der Verharmlosung verlegt. Wir haben die Bundesregierung immer wieder zum Handeln aufgefordert und Vorschläge gemacht. Noch im Wahlkampf wurden unsere Mahnungen als Panikmache abgetan. Es kommt jetzt darauf an, daß sich die Bundesregierung endlich zum Handeln entschließt. Sie muß mit einem überzeugenden Stabilitätsprogramm alle Kräfte unseres Volkes zum Kampf gegen die Inflation mobilisieren. Wenn die Regierung ein seriöses Programm vorlegt, sind auch wir bereit, unseren Beitrag zu leisten. Das Angebot gilt, das ich am Freitag vor dem Deutschen Städtetag gemacht habe. Der Kanzler würde schwere Verantwortung auf sich laden, wenn er dies ausschlagen sollte.

Nachdem die Bundesregierung die Dinge hat jahrelang treiben lassen, möchte ich nachdrücklich davor warnen, von Einzelmaßnahmen Wunder zu erwarten. Wir müssen auch sehen, daß die Inflationspolitik nicht nur unsere Wirtschaftsordnung, sondern auch den sozialen Frieden in unserem Lande bedroht. Die Bundesregierung hat den Arbeitnehmern zu lange vorgegaukelt, mit ein bißchen Inflation ließen sich manche Probleme und Schwierigkeiten einfacher lösen. Die Bundesregierung sollte nun endlich den Hilferuf der Bundesbank sowie Appell und Angebot der Opposition ernst nehmen. Wir erwarten von ihr, daß sie das tut, was Bundeswirtschaftsminister Friderichs angekündigt hat: Ein Maßnahmenbündel vorzulegen und bereit zu sein, auch einschneidende Stabilitätsmaßnahmen vorzusehen.

Forderungen der Union zur Sanierung der Bundesbahn

Während Verkehrsexperten, die Verkehrsmisere in den Städten und auf den überregionalen Straßen beklagen, gehen die Investitionen im Verkehrswesen zurück durch die Fehlplanung der Bundesregierung. Zu diesen Fragen hat sich der Sprecher des CDU/CSU-Verkehrsausschusses der Bundestagsabgeordnete Dieter Schulte (Schwäbisch-Gmünd), u. a. in folgender Form geäußert:

Während 1970 die Investitionen noch 59 % des Verkehrshaushaltes ausmachten, wird der Investitionsanteil in diesem Jahr auf 47 % zusammenschrumpfen. Das ist nicht Fortschritt, sondern Rückschritt.

Die zweite bemerkenswerte Tatsache ist die Leistung des Bundes an die Deutsche Bundesbahn, die in diesem Jahr über 7 Mrd. DM betragen wird. Das ist mehr, als wir für den Sektor Bildung und Wissenschaft ausgeben. Diese 7 Mrd. DM sind nicht gottgewollt, sondern von der Politik verschuldet. Die Politik muß der Bahn einen Rahmen setzen, innerhalb dessen sie wirtschaften kann. Georg Leber sagte, er fahre die Bahn aus den roten Zahlen heraus. Noch nie aber waren wir so weit drin. Bei der Bahn wird sich die Zukunft unserer Verkehrsinvestitionen insgesamt entscheiden.

Nach Auffassung der CDU/CSU muß die Verkehrspolitik durch eine möglichst weitgehende Aufrechterhaltung des Marktmechanismus in den einzelnen Bereichen der Bahn die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich dieses Unternehmen einerseits den veränderten technologischen Gegebenheiten und den sich daraus ergebenden Wettbewerbs-

verhältnissen und andererseits den Veränderungen in der Nachfrage nach Verkehrsleistungen frühzeitig anzupassen vermag. Dazu gehört:

■ Der Bund verpflichtet die DB, ihr Leistungsangebot grundsätzlich an dem Maßstab der Eigenwirtschaftlichkeit zu orientieren.

■ Dazu braucht die DB eine klare Abgrenzung gegenüber politischer Einflußnahme und die finanzielle Absicherung eines langfristigen Modernisierungsprogramms.

■ Wo Eigenwirtschaftlichkeit gilt, erhält die DB die Freiheit der Tarifbildung. Ruinöser Wettbewerb ist unzulässig.

■ Bei Leistungen, die die DB im Widerspruch zum Prinzip der Eigenwirtschaftlichkeit im politischen Interesse zu erbringen hat, wird sie als Auftragnehmer tätig.

■ Bei dieser Indienstnahme öffentlicher Aufgaben, z. B. Sozial-, Schüler-, subventionierte Regionalverkehre, bestimmt der Auftraggeber und das Leistungsangebot und die Preise.

■ Diese Aufgaben müssen konkret bestimmt werden.

■ Die Zahlungen an die DB erfolgen aus den jeweiligen öffentlichen Haushalten. Der politische Einfluß wird hier also größer.

Die CDU/CSU verlangt ferner

■ verstärkte Bemühungen um ein integriertes Schienenverkehrssystem auf europäischer Ebene;

■ die Anbindung der zentralen Flughäfen an das Schienennetz;

Hessen

CDU fordert Entlassung des Kultusministers

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, Bernhard Sälzer, hat den hessischen Ministerpräsidenten Albert Osswald aufgefordert, seinen Kultusminister Ludwig von Friedeburg aus dem Amt zu entlassen. In Wiesbaden sagte Sälzer, die immer funktionsunfähiger werdenden hessischen Universitäten und das bereits regierungsamtlich zugegebene Scheitern der Gesamtschulpolitik dokumentierten das „sachpolitische Fiasko“ des bildungspolitischen Kurses von Friedeburgs. In der „skandalösen Personalpolitik“ sei mit der unangemessenen Bevorzugung zweier Ideologischer Lieblingskinder, womit die von Friedeburg jetzt angeordnete Immatrikulation der Rahmenrichtlinien-Autoren Oberschulrätin Ingrid Haller und Oberstudienrat Hartmut Wolf an der Technischen Hochschule Darmstadt angesprochen seien, das Maß nun endgültig voll.

Sälzer sagte, die Geduld der Opposition sei mit einer Fülle umstrittener Personalentscheidungen überstrapaziert worden. Am Anfang habe die „Nacht- und Nebelaktion“ gegen den gemäßigten Sozialdemokraten Ministerialdirektor Kollatz gestanden, der als Chef der Hochschulabteilung durch den „Gesinnungs-Genossen Professor Denninger“ ersetzt worden sei. Dann sei die Berufung des Marxisten Bubner anstatt des Marxismus-Kritikers Albert an die Frankfurter Universität erfolgt. Jetzt habe der Kultusminister den „Haller-Wolf-Skandal“ provoziert.

Sälzer wies darauf hin, daß die beiden Mitarbeiter in der Planungs-Abteilung des hessischen Kultusministeriums sich zur Pro-

motion zunächst vergeblich um einen Studienplatz im Fachbereich Erziehungswissenschaften und Psychologie an der Technischen Hochschule Darmstadt bemüht hätten. Sie wollten ab dem Sommersemester 1973 im Fachgebiet Pädagogik promovieren. Der Gleichheitsgrundsatz sei dadurch massiv verletzt worden, daß Haller und Wolf zum Studium beurlaubt worden seien, während gleichzeitig über hundert anderen Lehrern in Hessen, die ebenfalls ein Ergänzungs-Studium angestrebt hätten, eine Weiterqualifikation vom Kultusminister verweigert worden sei. Sälzer wies darauf hin, daß die beiden „Protektions-Kinder“ von Friedeburg unter Umgehung der Personalabteilung des Kultusministeriums nochmals für das Studium freigestellt worden seien.

Abschließend sagte Sälzer, die Oppositionsfraktion solidarisiere sich voll mit der Kritik des Präsidenten der Technischen Hochschule Darmstadt Böhme, der von einem „Akt der Willkür“ gesprochen und jegliche Verantwortung für diese rechtswidrige Entscheidung abgelehnt habe.

*

Der Landesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der hessischen CDU und Landtagsabgeordnete Dr. Georg Lindner hat die Bundesregierung aufgefordert, alsbald eine Konzeption vorzulegen, wie die Gemeinden an dem ständig steigenden Steueraufkommen besser beteiligt werden können. Die seit langem geforderte Verbesserung in der Beteiligung an der Einkommensteuer von vierzehn auf achtzehn Prozent müsse nunmehr schrittweise verwirklicht werden.

Lindner bezeichnete die zunehmende Finanznot der Gemeinden als ein „schweres Hindernis für mehr Lebensqualität“. Die Gemeinden hätten trotz der Finanzreform 1972 mit dreizehn

Prozent noch nicht den Anteil am Gesamteueraufkommen erreicht, den sie 1962 mit 13,3 Prozent bereits gehabt hätten. Dies belaste die Gemeinden deshalb besonders hart, weil ihre Ausgaben durch die Erfüllung der gesetzlich übertragenen Aufgaben erheblich stärker gestiegen seien als die Ausgaben von Bund und Ländern.

Lindner wies darauf hin, daß allein der Sozialhilfeaufwand der Gemeinden von 1970 bis 1972 um 1,4 Milliarden Mark angestiegen sei.

Schleswig-Holstein

Minister Claussen löst Olaf von Wrangel ab

Mit überwältigender Mehrheit wurde in der vergangenen Woche Schleswig-Holsteins Sozialminister Karl-Eduard Claussen zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbandes Stormarn gewählt. Der 42jährige löste damit den parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Olaf von Wrangel, in diesem Amt ab. Von Wrangel hatte nach fünfjähriger Tätigkeit sein Amt als Kreisvorsitzender zur Verfügung gestellt, um sich künftig noch mehr seinen Aufgaben als Bundestagsabgeordneter widmen zu können.

Minister Claussen gehört dem schleswig-holsteinischen Landtag seit 1967 an, Mitglied der CDU ist der Vater von drei Kindern bereits seit 1957. Politische Erfahrungen sammelte der Politiker in einer neunjährigen Tätigkeit als Bürgermeister der Gemeinde Bargtheide, als Kreisvorsitzender der Jungen Union in Segeberg und als Kreistagsabgeordneter des Kreises Stormarn. Sozialminister wurde er am 25. Mai 1971.

■ Länder

Rheinland-Pfalz

Unbegründetes Wehgeschrei

Als jüngstes Beispiel für „sachlich unbegründetes Wehgeschrei“ über die „Blockierung eines Umweltschutzgesetzes durch die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat nannte der Vorsitzende des Landtagsausschusses für Umweltschutz, Kurt R o c k e r, die Verweigerung eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzartikels 74 über den Wasserhaushalt. Eine zentralistische Gesetzesregelung über die Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten sei nämlich deshalb überflüssig, weil die entsprechenden Verordnungen der Länder nach einer einheitlichen Mustersatzung der interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft (der Abgeordnete aus Bund und Ländern aller Parteien angehören) erlassen würden. Dieses Muster lege zudem weitaus strengere Maßstäbe an als die Bundesregierung sie nunmehr in ihrer Vorlage als volle Bundeskompetenz habe verankern wollen.

Bei den Ausschlußberatungen im Bundesrat hätten auch die Vertreter der sozialdemokratisch geführten Länder deutlich zu verstehen gegeben, daß eine Vollkompetenz auf dem Gebiet des Wasserhaushalts sachlich nicht benötigt werde.

Der Umweltschutz- und Agrarexperte der rheinland-pfälzischen CDU-Fraktion unterstrich die Notwendigkeit, daß gerade die Natur- und Landschaftspflege auf die Vielfältigkeiten der Landschaft eingehen müsse. Dies erfordere die volle Zuständigkeit der Länder.

■ Personalien

Knut von Kühlmann-Stumm, MdB, wird auf Einladung des State-Departments vom 10.-20. Mai 1973 eine Reise in die Vereinigten Staaten unternehmen. Er wird dort Gespräche mit Persönlichkeiten des State-Departments und des Kongresses führen und außerdem landwirtschaftliche Spitzenbetriebe besichtigen.

Hermann A. Eplée, der dem Bundestag in der 1. und 3. Wahlperiode angehörte und bereits Mitglied des Wirtschaftsrates für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet gewesen war, ist am 30. 4. im Alter von fast 65 Jahren gestorben. Hermann Eplée war von 1954 bis 1958 Vorsitzender des Landesverbandes Oder/Neisse der CDU/CSU und Mitglied des CDU-Bundespartei Vorstandes.

■ Termine

14. 5.	CDU – Bund	Präsidium	Bonn
14. 5.	LV Westfalen-Lippe Sozialausschüsse	Sitzung des Landes- sozialausschusses NRW	Düsseldorf
14. 5.	CDU – Bund	Bundesausschuß für Sozialpolitik	Bonn
15. 5.	LV Schleswig-Holstein EAK	Vorstand	Kiel
15. 5.	LV Rheinland Mittelstandsvereinigung	Projektgruppe „Handwerk“	Köln
15. 5.	LV Rheinland Mittelstandsvereinigung	Projektgruppe „Bildungspolitik“	Köln
16. 5.	LV Rheinland Mittelstandsvereinigung	Vorstand	Köln
16. 5.	CDU – Bund	Arbeitskreis Leistungs- sport beim Bundes- fachausschuß „Sport“	Mainz
16. 5.	CDU – Bund	Bundesausschuß für Gesundheitspolitik	Frankfurt- Hoechst
17. 5.	LV Schleswig-Holstein Wirtschafts- und Mittel- standsvereinigung	Arbeitsgruppe „Wirt- schaftsförderung und Strukturpolitik (einschl. Verkehr)“	Kiel
17. 5.	KPV – Bund	Bundevorstand und Hauptausschuß	Mainz
18. 5.	KPV – Bund	Bundesvertreter- versammlung	Mainz
18. 5.	LV Braunschweig	Landesvorstand	Braunschweig
18. 5.	LV Braunschweig	Landesausschuß	Braunschweig
18. 5.	CDU – Bund	Bundesfinanzausschuß	Bonn
18./19. 5.		Inter-Party Konferenz (Treffen der Christlich- Demokratischen und konservativen Parteien)	Luxemburg
18./19. 5.	BV Württ.-Hohenzollern	Bezirksparteitag	Baienfurt
19. 5.	CDU Niedersachsen	Bezirksparteitag	Lüneburg
19. 5.	BV Nordbaden	Bezirksparteitag	Baden-Baden
19./20. 5.	Sozialausschüsse – Bund	Bundestagung	Bochum

UID

Verlag: Union Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 22 00 40.
Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn, Nr. 1124 932. Postscheckkonto Köln 1937 95. Abonnementspreis vierteljährlich DM 6,—, Einzelpreis DM 0,50. Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, Bonn